

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 50. Ratssitzung vom 20. Mai 2015

927. 2015/78

Postulat der Grüne- und AL-Fraktion vom 18.03.2015:

Einbezug des Gemeinderats in die öffentliche Meinungsbildung zum Masterplan Hochschulgebiet 2014

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Andrea Leitner Verhoeven (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 801/2015): Der Gemeinderat wird im Juni über die Revision des allgemeinen Richtplans Hochschulgebiet informiert. Inwieweit der Gemeinderat in die öffentliche Meinungsbildung zum Masterplan Hochschulgebiet einbezogen werden kann, wird sich zeigen. Die Bemühungen von Stadt und Kanton sind lobenswert. Dennoch halten wir an diesem Postulat fest. Die grossen Themen, mit denen sich die Politik auseinandersetzt, beschäftigen sich mit der Zukunft der Stadt. Der Weg in die Zukunft ist in Bezug auf die Stadtplanung steinig. Es gab jahrelangen Baulärm, Hindernislauf, Stau, Baustellen, Angst vor Schattenwurf und andere Probleme, welche die Quartierbevölkerung beschäftigten. Dies erschwert es, eine sinnstiftende Vision im Auge zu behalten. Der Behauptung, derzufolge alles besser wird, wird nicht pauschal geglaubt. Der Masterplan Hochschulgebiet basiert auf einer Vision und einer Bekenntnis. Lehrende und Lernende bleiben in der Stadt, betreiben Forschung und Lehre und sind für alle sichtbar. Es finden einerseits Verdichtung und Volumensteigerung und die Vergrösserung von Freiräumen statt. Gewisse universitäre Aussenstationen werden aufgelöst. Die Verzettlung von Räumlichkeiten werden eingedämmt und Liegenschaften werden als Wohnräume an die Stadt zurückgegeben. Der Totalumbau des Quartiers, wie er nun geplant wird, soll nachhaltig, ressourcenschonend, sorgfältig und quartierfreundlich geschehen. Wir müssen uns mit den Nachweisen für die Umsetzbarkeit und Machbarkeit des Masterplans beschäftigen. Es gibt konkrete Fragen, die konkrete Antworten verlangen. Es kommen detailintensive Prozesse auf uns zu, die wir ausdiskutieren müssen. Es braucht auch vertrauensbildende Massnahmen, die nur durch eine öffentlich einsehbare Debatte zwischen allen beteiligten Gremien erfolgen können. Man könnte sagen, wir seien bereits ausreichend informiert worden. Ebenfalls könnte man sagen, dass diese Debatte sinnlos ist, weil es sich um eine kantonale Angelegenheit handelt. Ich möchte betonen, dass wir vor allem über die Vision informiert wurden. Viele Fragen sind noch offen. Ein Verkehrskonzept basiert auf der Hoffnung, dass es künftig mehr Fussgänger im Gebiet geben wird. Ein konkretes Verkehrskonzept existiert noch nicht. Es wird ein Shuttle gefordert, jedoch sagen manche, dass dieser Shuttle nicht ausreichen wird, um die Menschenmengen zu transportieren. Wer sich damit begnügt, wenn wir die Planung dem Kanton überlassen und diese unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden wird, macht sich zum Gegner demokratischer Prinzipien, die auf Partizipation beruhen.*

Thomas Schwendener (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 8. April 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Der Masterplan muss mit Weitsicht angegangen werden. Wir wurden bereits wiederholt informiert, konnten in der Kommission Fragen stellen und erhielten Antworten. Es fanden öffentliche Veranstaltungen mit der Bevölkerung statt. Zudem gibt es eine Betriebs- und Zonenordnung, die dort gilt. Berichte generieren nur Kosten. Man kann immer fragen. Wir müssen der ETH Freiräume überlassen. Wir wollen einen Bildungsstandort. Wir wurden informiert und können jederzeit Fragen stellen.

Weiter Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Es ist fraglich, ob die Form des Postulats sinnvoll ist. Wir mussten feststellen, dass der Kanton die Informationen zur Planung nicht offensiv in die Öffentlichkeit trägt. Die öffentlichen Veranstaltungen wurden erwähnt, jedoch drängte der Quartierverein sehr auf die Durchführung dieser Veranstaltungen. Es braucht eine öffentliche Debatte. Die Bevölkerung muss eingebunden werden. Dieses Postulat kann es dem Stadtrat ermöglichen, gegenüber dem Kanton aufzutreten und eine öffentliche Debatte einzufordern. Deshalb sind wir bereit, dieses Postulat zu unterstützen.

Gabriele Kisker (Grüne): Wir müssen nicht so tun, als sei die Stadt nicht involviert. Es sind mehrere Dienstabteilungen an der Planung beteiligt. Es wäre wichtig zu wissen, ob es im Stadtparlament einen gemeinsamen Nenner gibt. Wir müssen uns aktiv einbringen. Die ETH unterliegt dem Druck der Stadt, jedoch darf die Universität so planen, wie sie möchte. Wir sind ein Stadtparlament, wir wollen mitreden und teilweise mitgestalten.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir unterstützen dieses Postulat. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat in die Debatte einbezogen werden soll. Fremdbestimmung kann nicht mehrheitsfähig sein. Manche Veränderungen sind auch für die Quartierbevölkerung einschneidend. Wir sind zuversichtlich und gehen davon aus, dass seitens des Kantons guter Wille besteht.

Niklaus Scherr (AL): Die monumentalen Bauten im Hochschulquartier können von der ganzen Stadt gesehen werden. Es ist wichtig, dass die ganze Stadt bei der Gestaltung mitreden kann. Die ETH muss ihre Pläne von der Stadt bewilligen lassen, währenddessen die Universität als kantonale Institution dem Kanton, welcher gleichzeitig Grundbesitzer ist und die Zonen festlegt, untersteht. Die Gestaltungspläne können von der Bauverwaltung festgelegt werden. Ein Beispiel für die kantonale Planung ist das Polizei und Justizzentrum des Kantons. Dort finden drastische städtebauliche Veränderungen statt und die Bevölkerung kann nicht mitreden. Debatten bringen Öffentlichkeit. Sie können Erkenntnisse bringen, manchmal können sie Veränderungen einleiten. Es ist möglich, dass die Positionen des Stadtrats von denjenigen des Kantonsrats abweichen. Mit einer öffentlichen Debatte kann dem Stadtrat der Rücken gestärkt werden. Offenbar gibt es Themen, über die in diesem Rat diskutiert wird. Ich finde es wichtiger, über die Gestaltung der Stadt zu diskutieren.

3 / 3

Gabriela Rothenfluh (SP): Auch wir sind der Ansicht, dass diese Diskussionen öffentlich geführt werden müssen. Wir müssen auch auf die Bevölkerung zugehen. Auf uns kommt eine grosse Verdichtung zu. Das Hochschulquartier ist in der ganzen Stadt sichtbar. Diese Veränderungen werden einen Zulauf an Leuten zur Folge haben. Wir müssen die Quartierbevölkerung einbeziehen. Viele Anwohner betrachten das Projekt kritisch. Die Menschen möchten nicht verdrängt werden. Es ist wichtig, dass die Diskussionen öffentlich werden, auch wenn wir nicht so viel mitreden können.

Reto Vogelbacher (CVP): Wir lehnen das Postulat ab, da wir eine Einladung zu einer grösseren Informationsveranstaltung erhalten haben. Dort wird über den Masterplan informiert und wir können Fragen stellen. Für die Bevölkerung fanden solche Informationsveranstaltungen bereits statt. Die Bevölkerung wurde gründlich informiert. Es wurde dort auch diskutiert. Dieses Postulat ist nicht sinnvoll.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Obwohl diese grosse Informationsveranstaltung stattfinden wird, ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Das Postulat ist sinnvoll. Im Kern geht es um die öffentliche Meinungsbildung und Information. Dies kann nicht mit einer Veranstaltung abgehakt werden. Ich bin sicher, dass es in Zukunft Debatten geben wird, so wie bereits vor 100 Jahren Debatten zum Bau der Hochschulgebäude geführt wurden. Es braucht eine Erstinformation, bei der allgemeine Themen behandelt werden und bei der Fragen gestellt werden können. Des Weiteren wird die Wohnraumrückführung ein Thema sein. Mit der ETH besteht ein diesbezügliches Abkommen. Es geht um Grünräume, den Verkehr und die Einbindung des Quartiers. Wir haben eine riesige Chance mit diesen Institutionen im Zentrum. Wir bauen jedoch ein Stück Stadt. Dies bedeutet, dass es sich um keine Insel handeln darf. Wir müssen diskutieren, uns ein Bild machen und unterschiedliche Ansichten abwägen. Es handelt sich um eine längerfristige Aufgabe.

Das Postulat wird mit 95 gegen 25 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat